



Ausschuss für Frauenpolitik

10. Sitzung (öffentlich)

30. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 10:10 Uhr

Vorsitz: Helga Gießelmann (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/1000 und 14/1500
Vorlagen 14/297, 14/341, 14/335
Zuschriften 14/120, 14/320, 14/332, 14/363

Der Ausschuss berät abschließend über den Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Frauenpolitik. Dort wird der Einzelplan ohne Änderungen und damit in unveränderter Fassung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

2 Verschiedenes

- a) Koalitionsantrag zum Thema „Zwangsheirat“**
b) Anmerkung zum Ausschussprotokoll 14/154

Zu den Unterpunkten a) und b) siehe Seite 5 des Diskussionsteils.

2 Verschiedenes

a) Koalitionsantrag zum Thema „Zwangsheirat“

Gerda Kieninger (SPD) möchte wissen, wann die Regierungsfractionen ihren Antrag zum Thema „Zwangsheirat“ vorlegen würden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion habe noch Abstimmungsbedarf - Stichwort: Gutachten und Prüfung -, den sie schnell klären werde.

Barbara Steffens (GRÜNE) stellt klar, der Gutachtenpassus sei abgestimmt gewesen. In ihrer Fraktion seien letztendlich „zwei letzte Fassungen“ behandelt worden. Dieses Verfahren sei ungeschickt. Der Antrag solle zu Ende gebracht werden. Zu diesem Zweck dürfe es für die Beratungen nur eine abgestimmte Fassung geben. Immer neue Detailformulierungen verschleppten das Verfahren.

b) Anmerkung zum Ausschussprotokoll 14/154

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) kommt auf das Protokoll der 9. Sitzung des Frauenausschusses (APr 13/154) zu sprechen. Dort gehe es um ihren Beitrag auf Seite 9, Absatz 2, in dem sie das, was sie gesagt habe, so nicht abgebildet finde:

„Das ehrenamtliche Engagement, so die Abgeordnete auf die Einlassung der Abgeordneten Steffens, unterstütze sie. Angesprochen habe sie vielmehr hauptamtliche Kräfte ...“

Diese Passage könne missverstanden werden. Sie habe sehr konkret gesagt, sie sei vollkommen einverstanden, dass sich ehrenamtlich auf eigene Kosten und in freier Zeit jeder informiert und herumreist, völlig ohne Probleme. Sie habe etwas dagegen, auf Staatskosten hauptamtlich durch die Gegend zu fahren oder häufiger dem Arbeitsplatz fern zu bleiben.

Das sei der Tenor gewesen und habe nicht grundsätzlich mit dem ehrenamtlichen Engagement zu tun. So, wie es im Protokoll stehe, könne es missverstanden werden.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Gießelmann erinnert abschließend an die ab 10:30 Uhr im CDU-Fraktionssaal stattfindende öffentliche Anhörung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration, an der sich der hiesige Ausschuss im Rahmen einer Pflichtsitzung beteilige.

gez. H. Gießelmann
Stellv. Vorsitzende

Anlage

hoe/04.04.2006/05.04.2006

